

Jahrestagung  
21. und 22. März 2012  
in Hannover

Deutscher Verein für  
Versicherungswissenschaft



# Feintuning im Recht der Lebensversicherung zu § 169 Abs. 5 VVG – Neues zum Stornoabzug bei Einmalbeiträgen sowie zu separaten Abschlusskostenvereinbarungen

**Prof. Dr. Peter Reiff**

Richter am OLG Koblenz a.D.

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht,  
Privatversicherungsrecht

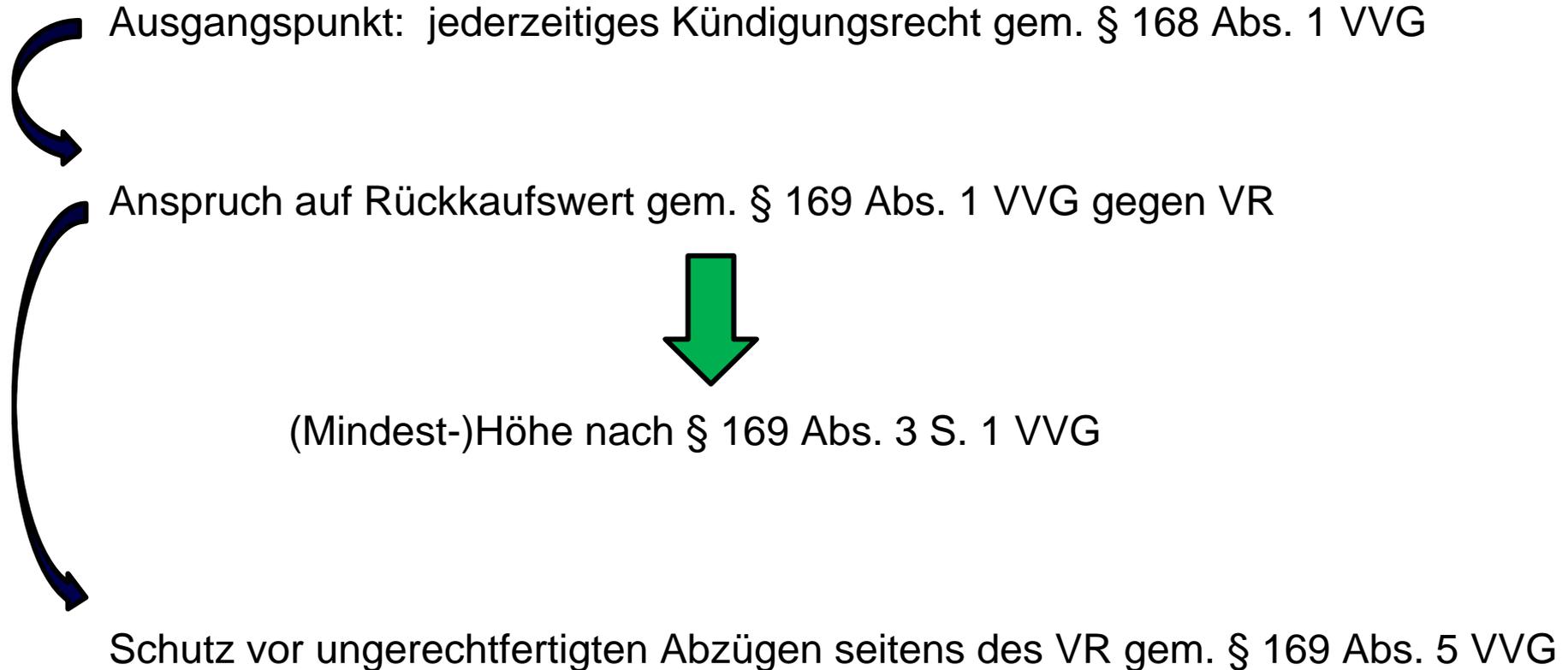
Fachbereich Rechtswissenschaft

[www.versicherungsrecht.uni-trier.de](http://www.versicherungsrecht.uni-trier.de)

reiff@uni-trier.de



# 1. Der Stornoabzug nach § 169 Abs. 5 VVG – ein Überblick



# 1. Der Stornoabzug nach § 169 Abs. 5 VVG – ein Überblick

A  
L  
T  
R  
E  
G  
E  
L  
U  
N  
G

Abzug, wenn...

...vereinbart

...angemessen

N  
E  
U  
R  
E  
G  
E  
L  
U  
N  
G

Abzug, wenn...

...vereinbart

...**beziffert**

...angemessen



Satz 2

„Die Vereinbarung eines Abzugs für noch nicht getilgte Abschluss- und Vertriebskosten ist **unwirksam.**“

# § 169 Abs. 5 S. 2 VVG

## Gesetzesbegründung:

Abzug wirkt wie unzulässige Vertragsstrafe infolge der vertragsgemäßen Kündigung

## Auswirkungen:

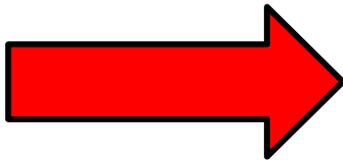
- Stornoabzug bisher zu ca. 75 % auf nicht getilgte Abschlusskosten gestützt
- Praxis: vielfach auf Stornoabzug verzichtet

# 2. Die Renaissance des Stornoabzugs

## Grund:

Verdoppelung des Einmalbeitragsgeschäfts in den Jahren 2009/2010

- Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten
- Spekulation gegen den Lebensversicherer
  - Kündigung, falls Zinsanstieg am Kapitalmarkt

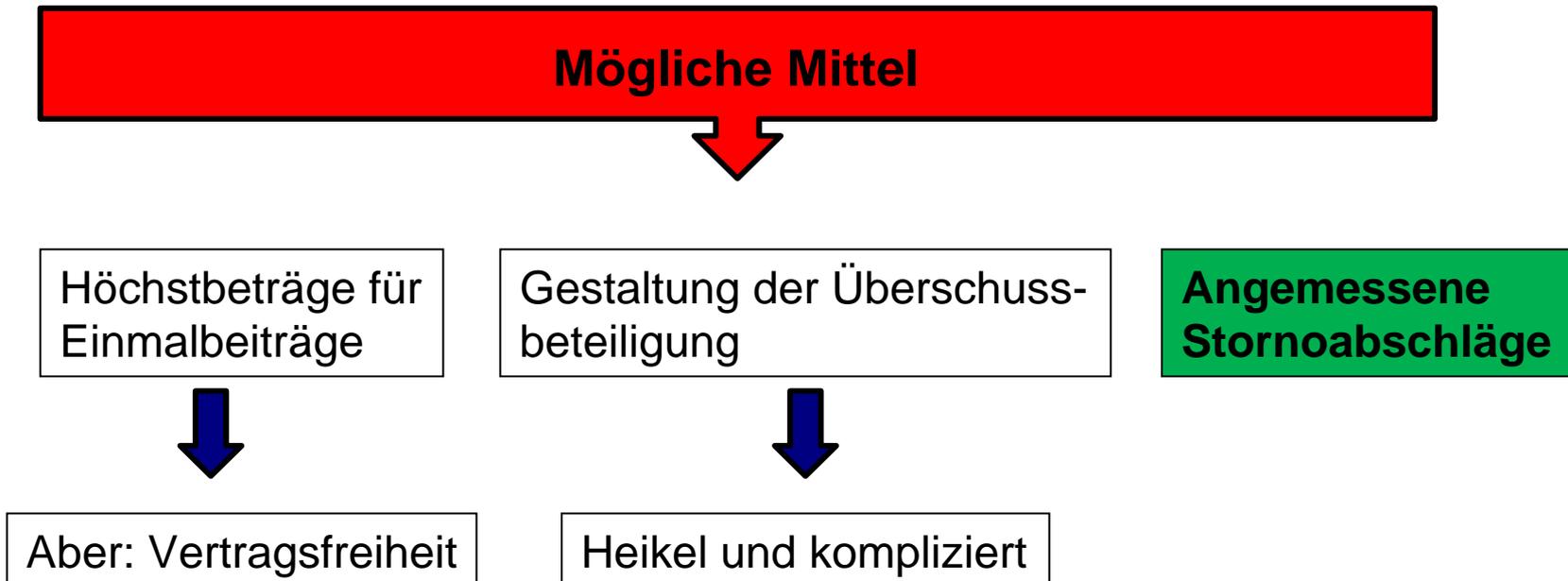


BaFin

# Rolle der BaFin

## Forderung:

Ausschluss einer Spekulation innerhalb des Bestandes



# 3. Die rechtliche Zulässigkeit von besonderen Stornoabzügen bei Einmalbeiträgen



Vereinbarung des Stornoabzugs **bei Abschluss**

- Bestandsverträge (-)
- Taugliches Mittel nur für die Zukunft

Angemessenheit des Stornoabzugs nach...

- Grund
- Höhe



# Angemessenheit des Stornoabzugs

**Grund:**

Risikoverschlechterung als Grund unbestritten



**Zinsspekulation (+)**

**Vorschlag zur Höhe (Schwintowski):**

Kein Zinsvorteil



**Marktübliche Verzinsung**

Zinsunterschied zw. 1-  
und 10-Jahresanlagen:  
1,8 Prozentpunkte



Zinsabschlag von 0,2 Prozentpunkten p.a. bei  
Kündigung vor Ablauf von 10 Jahren

# Höhe des Stornoabzugs

## Vorschlag abzulehnen

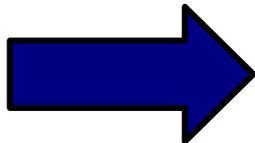
- Einmalbeitragsgeschäft würde völlig unattraktiv werden
- Lukratives Geschäft der VR würde erliegen

**Ziel des Stornoabzugs**



Spekulationsgefahr verhindern

- Niedrigere Abzüge ausreichend



**0,1 Prozentpunkte p.a.**

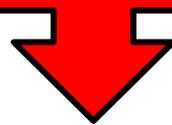
# 3. Die rechtliche Zulässigkeit von besonderen Stornoabzügen bei Einmalbeiträgen



Bezifferungsgebot als größte Hürde des kapitalmarkt-induzierten Stornoabzugs

- VN muss wirtschaftliche Bedeutung des Abzugs bei Vertragsschluss erkennen können

**„Abzug von der Verzinsung i.H. von 0,1 Prozentpunkten für jedes Jahr, das die Versicherung weniger als zehn Jahre bestand.“  
+ zusätzlicher normaler Stornoabzug wegen gestiegener Verwaltungskosten**



Zweifelhaft, aber wohl noch eingehalten

# 3. Die rechtliche Zulässigkeit von besonderen Stornoabzügen bei Einmalbeiträgen

## Alternative zu einem kapitalmarktinduzierten Stornoabschlag:

De lege ferenda über Ausschluss des  
gesetzlichen Kündigungsrechts des VN bei  
Einmalbeitragsversicherungen für einen  
bestimmten Zeitraum nachdenken

➤ 5 Jahre

# III. Die Zulässigkeit separater Kostenausgleichsvereinbarungen

## § 169 Abs. 5 S. 2 VVG:

„Die Vereinbarung eines Abzugs für noch nicht getilgte Abschluss- und Vertriebskosten ist unwirksam.“



**Separate Kostenausgleichsvereinbarung zulässig?**

➤ Verneinend: LG Rostock, Urt. v. 6. August 2010

# 1. Die Problematik

## VVG a.F.:

Kein positiver Rückkaufswert bei Frühstorno

- Sofortige Verrechnung der Abschluss- und Vertriebskosten mit den ersten Prämien des VN (sog. **Zillmerung**)

## VVG-Reform



- Sonderregelung für Frühstornofälle in § 169 Abs. 3 S. 1 Hs. 2 und 3 VVG
  - Betrag des Deckungskapitals maßgeblich
  - Verteilung der Abschluss- und Vertriebskosten auf die ersten 5 Jahre
  - Max. Höhe: 4 % der Summe aller Prämien
- Kein Abzug der zur Zeit der Kündigung noch nicht getilgten Abschluss- und Vertriebskosten gem. § 169 Abs. 5 S. 2 VVG

# 2. LG Rostock, Urt. v. 6.8.2010, NJW-RR 2010, 1694

VR

Lebensversicherung

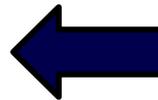
+

Kostenausgleichs-  
vereinbarung

VN



Entsprechend  
geringere Prämie



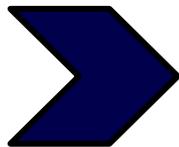
- Kosten: EUR 8.500,00
- 48 Monatsraten
- Keine Verrechnung mit Prämien
- Keine Beendigung durch  
Auflösung Versicherungsvertrag
- Keine Kündigung möglich

# 2. LG Rostock, Urt. v. 6.8.2010, NJW-RR 2010, 1694



## LG Rostock:

- Kostenausgleichsvereinbarung nach § 134 BGB nichtig
- Umgehung von § 169 Abs. 5 S. 2 VVG



## Geteiltes Echo

# 2. LG Rostock, Urt. v. 6.8.2010, NJW-RR 2010, 1694

## ABLEHNUNG

Voraussetzung für § 169 Abs. 5 S. 2 VVG ist Vereinbarung, dass eine Verrechnung der Abschlusskosten mit den Prämien erfolgt

- Trennung von Prämien und Kosten wird nicht missbilligt
- Gesetzesbegründung

## ZUSTIMMUNG

Separate Kostenausgleichsvereinbarung nur in Dreipersonenverhältnissen zulässig

- Versicherungsmakler kann mit seinem Kunden entsprechende Vereinbarungen treffen
- Gesetzesbegründung

# 3. Kritische Analyse

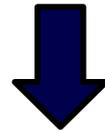


LG Rostock ist **nicht** zu folgen

- Rechtsfolge des § 134 BGB privilegiert den VN in einer nicht zu rechtfertigenden Weise
- Bereicherungsrechtlicher Anspruch für bereits gezahlte Raten

# 3. Kritische Analyse

## Keine Anwendbarkeit des Abzugsverbots auf separate Kostenausgleichsvereinbarung



**Gesetzesumgehung?**

**(-)**

Dem Verbotsgesetz  
zuwiderlaufendes  
Ergebnis



Abzugsverbot im  
Zusammenhang mit  
Mindestrückkaufwert-  
regelung



Kein Verbot des  
Ergebnis „Kosten-  
tragung“, sondern  
eines intransparenten  
Weges

# 3. Kritische Analyse

## LG Rostock:

Rechtsmissbräuchliche Aufspaltung in zwei Verträge

VR kann frühzeitig kündigen



Kostenminimierung

**Aber:**



**Kein** ordentliches Kündigungsrecht des VR in der Lebensversicherung

➤ Rechtsmissbrauch **nicht** möglich

# 3. Kritische Analyse



LG Dessau-Roßlau, Beschl. v. 5. April 2011

- Klausel: Beendigung der LV führt nicht zu Beendigung der Kostenausgleichsvereinbarung
- Verstoß gegen § 307 BGB?

(-)

## § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB

- Gesetzesbegründung lässt Vereinbarung zu

## § 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB

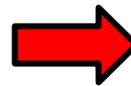
- Kündigung kann tatsächlich erschwert werden
- Aber kein Schutz vor jedem wirtschaftlichen Druck

# 3. Kritische Analyse

Separate Kostenausgleichsvereinbarungen derzeit zulässig



Rechtspolitische Lücke kann nicht im Wege teleologischer Reduktion oder durch Analogien geschlossen werden



Keine Schutzlosigkeit des VN



Aufgabe des Gesetzgebers



Beratungshaftung des VR und seiner Vermittler

**Vielen Dank  
für Ihre Aufmerksamkeit!**

**Prof. Dr. Peter Reiff**  
Richter am OLG Koblenz a.D.  
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht,  
Privatversicherungsrecht  
Fachbereich Rechtswissenschaft

[www.versicherungsrecht.uni-trier.de](http://www.versicherungsrecht.uni-trier.de)

reiff@uni-trier.de

